



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919**

Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

## Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag

Der Reichskanzler sah also seine Kreise gestört, unwillig darüber, daß Rußland abgestoßen wurde. Einen Krieg Deutschlands nach zwei Fronten wollte er verhindern oder doch so lange hinausschieben, bis das erstarrte Deutsche Reich diese Kraftprobe bestehen konnte. Dem Wiener Kabinett wäre es zwar willkommen gewesen, wenn Deutschland sich völlig auf seine Seite gestellt hätte, doch zog es Vorteil auch aus der von Bismarck eingenommenen Mittelstellung. Denn auch Kalnoky wollte den Krieg gegen Rußland vermeiden und sah es gern, daß der große Zauberer den Zaren bald beschwichtigte, bald bedrohte, ihn aber immer vom Bunde mit Frankreich abhielt. Auch sagte Bismarck den Russen unverhohlen, daß sie bei einem Angriff auf Österreich-Ungarn dem deutschen Schwerte begegnen würden. Daneben bekam man es in Wien stets zu hören, daß die Donaumonarchie auf deutsche Hilfe nur rechnen konnte, wenn sie wirklich der angegriffene Teil war. Schlug sie aber zuerst los, so hatte Österreich-Ungarn die Fehde allein oder doch nur im Vereine mit England auszusechten. Daß Bismarck es mit der Bezähmung Rußlands ernst meinte, wurde durch die Verbannung der russischen Anleihen von dem deutschen Markte bewiesen. Als im Sommer 1887 die russische Kriegspartei, zumal ihr Führer General Skobelew eine drohende Sprache führte, verlautbarte die Deutsche Reichsbank, daß sie russische Wertpapiere fürderhin nicht belehnen werde, und die deutsche Presse warnte auf Betreiben der Regierung vor diesen Anlagen: viele Millionen russischer Wertpapiere kamen auf den Markt und flossen in das Ausland, besonders nach Frankreich ab.

Nach wie vor aber gab Bismarck Bulgarien russischem Einflusse preis. Schon einige Jahre vorher, als Fürst Alexander sich gegen den Zaren auflehnte, hatte der Kanzler dem russischen General Raulbars gesagt, er sei neugierig, wann Alexander endlich weggejagt werde. Als Raulbars nach dem Scheitern seiner Sendung in Sofia im Mai 1887 Berlin besuchte, sprach Bismarck von den Führern des bulgarischen Volkes als von einer Bande, die sich die Taschen fülle, und versetzte auch Kalnoky einen Hieb, dessen gegen Rußland gerichtete Er-

klärungen er taktlos und ungeschickt nannte<sup>1)</sup>. Durch diese Vertraulichkeiten bot Bismarck dem Petersburger Kabinett eine gewisse Sicherheit. So auch, als Prinz Ferdinand von Koburg zum Fürsten gewählt wurde: die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ warf ihm vor, daß er frivolerweise den Frieden Europas störe, und der deutsche Generalkonsul in Sofia durfte den von Europa noch nicht anerkannten Landesfürsten nicht grüßen, wenn er ihm auf der Straße begegnete. Die Feinde Deutschlands wieder arbeiteten dem Kanzler dadurch entgegen, daß sie dem Zaren Briefe vorlegten, aus denen hervorgehen sollte, daß Bismarck seinen Versicherungen zuwider mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien unter einer Decke spielte. Das wäre allerdings eine Treulosigkeit gewesen. Der Zar wies diese Schriftstücke am 18. November 1887 bei einem Besuche in Berlin dem Kanzler vor, aber dieser vermochte den Beweis zu liefern, daß es Fälschungen waren.

Das Petersburger Kabinett fühlte sich übrigens nicht ohne Grund beunruhigt. Es war kein Geheimnis, daß eine Reihe von preußischen Generalen, voran Molke mit seinem Stellvertreter im Generalstab Grafen Waldersee, der Ansicht waren, die Abrechnung mit Rußland wäre früher oder später unvermeidlich; jetzt gerade sei der Zeitpunkt so günstig wie möglich, da das Zarenreich nicht imstande wäre, seine Heere rechtzeitig an die Westgrenze zu schieben; auch die Hilfe Frankreichs würde das Schicksal Rußlands nicht wenden können. In diesem Sinne berichtete auch der deutsche Militärbevollmächtigte Deines aus Wien nach Berlin, bis Bismarck sich in einer scharfen Rüge solche Einmischung in seine Politik verbat. Denn Bismarck verwarf einen Präventivkrieg aus politischen wie aus moralischen Gründen, die er später eindringlich in den „Gedanken und Erinnerungen“ auseinandersetzte. Die deutsche Diplomatie, dies war sein leitender Gedanke, müsse so viel Geist und Geschicklichkeit aufbringen, um Rußland bei den überlieferten guten Beziehungen mit Deutschland festzuhalten.

In demselben ereignisreichen Jahre 1887 lief der oben erwähnte Vertrag ab, den die Kabinette von Berlin, Wien und Petersburg 1884 zur Erhaltung des Drei-Kaiser-Verhältnisses geschlossen hatten. Bei den gespannten Beziehungen zu Österreich-Ungarn lehnte Rußland

<sup>1)</sup> Die Aufzeichnung über das Gespräch Bismarcks mit Raulbars wurde von Th. Schiemann veröffentlicht in der Beilage zur Münchener „Allgemeinen Zeitung“ (18. Febr. 1905).

es ab, den Vertrag mit dieser Macht zu erneuern. Da nun entschloß sich Bismarck zu einer der angefochtensten Handlungen seines Lebens. Er wollte dem Zaren einen überzeugenden Beweis der Freundschaft Deutschlands liefern und schloß mit dessen Regierung wieder für drei Jahre ab, und zwar in demselben Sinne wie 1884, jetzt aber ohne Österreich und ohne es zu verständigen. In diesem Neutralitäts- oder Rückversicherungsvertrag wurde ausgemacht, daß Deutschland seinem österreichischen Bundesgenossen nicht beistehen werde, wenn er Rußland angriffe, und gleiche Sicherheit ward dem Deutschen Reiche gewährt, falls es von Frankreich angefallen werden sollte. So hielt Bismarck einen zweiten Strang für seinen Bogen bereit, wenn Österreich-Ungarn etwa versagen sollte. Denn nie wurde er der Sorge ledig, der Wiener Hof könnte sich einmal von Deutschland abwenden. Reichtvätereinflüsse, so ist in den „Gedanken und Erinnerungen“ ausgeführt, seien immer gegen das protestantische Deutschland tätig; auch könnte das Vordringen der Slawisierung in Österreich zuletzt das Bündnis mit Deutschland gefährden. Als Graf Peter Schuwalow einmal Bismarck vorhielt, auf seinem Sinne laste immer der Alpdruck feindlicher Koalitionen (cauchemar des coalitions), bestätigte ihm dies der Reichskanzler. Mißtrauen war ein Element seiner Seele, Mißtrauen auch gegen Österreich; immer schwebte ihm die Gefahr vor, vor welcher Friedrich der Große im Siebenjährigen Kriege gestanden hatte. Durch Bündnisse und Rückversicherungen wollte Bismarck jene Gespenster gebannt wissen.

Der Rückversicherungsvertrag von 1887 wurde auf Wunsch Rußlands auch vor dem Wiener Kabinett geheimgehalten. Das war aber doch bedenklich. Dem Zaren war 1879 über das österreichisch-deutsche Bündnis eine Mitteilung gemacht worden, Kaiser Franz Joseph aber hatte größeren Anspruch auf Vertrauen. Bismarck glaubte der Bündnispflicht zu genügen, indem er dem Wiener Kabinett Mäßigung empfahl und ihm bei jeder Gelegenheit in Erinnerung brachte, das Bündnis von 1879 gelte nur für die Verteidigung, nicht für einen Angriff. Auch kannte er Kaiser Franz Joseph wie seine Ratgeber genau und wußte, daß sie so wenig loschlagen wollten wie der Zar. Daß Bismarck sich zu der Rückversicherung für berechtigt hielt, daß er sich also keiner Untreue gegen Österreich-Ungarn bewußt war, geht daraus hervor, daß er den Inhalt des Vertrages 1896 selbst öffentlich bekanntgeben ließ und sich den Abschluß zum Verdienst anrechnete. Abrißens stand die Sache so, daß das Wiener Kabinett selbst Schuld daran trug, wenn

das Vertragsband mit Deutschland nicht enger war. Hatte doch Bismarck 1879 dem Grafen Andrassy ein Bündnis gegen Ost und West vorgeschlagen, ein verfassungsmäßiges Bündnis von solcher Innigkeit, daß die peinliche Frage über die Grenze zwischen Verteidigung und Angriff nicht hätte aufgeworfen werden können. Osterreich-Ungarn aber hatte abgelehnt, um nicht verpflichtet zu sein, Elsaß-Lothringens wegen das Schwert zu ziehen. So mußte Deutschland andere Verbindungen suchen, um seine Westgrenze zu sichern. Mochte nun Osterreich-Ungarn durch den Rückversicherungsvertrag benachteiligt sein oder nicht, jedenfalls war dem Deutschen Reiche durch die an Auskunftsmiteln uner-schöpfliche diplomatische Kunst Bismarcks ein großer Dienst erwiesen.

\*

### Bündnisystem Bismarcks

Daß aber das Verhältnis zu Osterreich-Ungarn auch für Bismarck die Hauptsache war, dafür gab er kurz darauf ein neues Unterpfand. Nach dem Abschlusse des Dreibunds (20. Februar 1887) erhob sich nämlich zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien die Frage, ob das mitteleuropäische Bündnis vom 7. Oktober 1879 noch gelte oder aber durch das spätere aufgehoben sei. Das war deshalb wichtig, weil die zwei deutschen Kaiserreiche sich 1879 miteinander enger verbunden hatten als acht Jahre später mit Italien. Im Jahre 1887 war ausgemacht, daß man einander Waffenhilfe zu leisten habe, wenn einer der Genossen von zwei Mächten „ohne direkte Provokation“ angegriffen werden sollte, 1879 dagegen schon dann, wenn Rußland allein los-schlug, ohne daß eine Provokationsklausel eingeschaltet war. Im Ver-trage von 1887 stand manches auf Schrauben, hier war alles glatt und einfach. Nun wird nach einer bekannten Rechtsregel eine frühere Ver-einbarung durch eine spätere über denselben Gegenstand außer Kraft gesetzt. Galt dieser Satz des Privatrechts auch für die Verträge zwischen Wien und Berlin? Sollte also das 1879 Errungene in Frage gestellt sein? Das war doch weder in Berlin noch in Wien beabsichtigt, wes-halb Erklärungen ausgetauscht wurden, daß der ursprüngliche Vertrag auch fernerhin beide Teile binde. Damit hing es wohl zusammen, daß das Bündnisdokument vom 7. Oktober 1879 am 3. Februar 1888